



Personalverband  
öffentlicher  
Verwaltungen  
Liechtensteins

## **Protokoll**

**Nr. 92**

**der Generalversammlung 2011**

**des**

**Personalverbandes öffentlicher Verwaltungen  
Liechtensteins**

**Datum: Donnerstag, 26. Mai 2011**

**Ort: Hotel Schaanerhof, Schaan**

**Zeit: 18.00 Uhr**

**Anwesende Vorstandsmitglieder:**

Thomas Klaus (Präsident)  
Kurt Eberle (Vizepräsident)  
Johannes Hasler (Kassier)  
Gabriele Binder (Schriftführerin)  
Arno Arberer (Beisitzer)  
Barbara Flad (Beisitzerin)  
Gerhard Hermann (Beisitzer)

**Anwesende Mitglieder:**

siehe Anwesenheitsliste

## 1. Begrüssung

PVL-Präsident Thomas Klaus begrüsst alle anwesenden PVL-Mitglieder und den Ehrengast Regierungschef Dr. Klaus Tschüscher.

## 2. Regierungschef Dr. Klaus Tschüscher zum Thema: Ausgewogen 2015

Der Regierungschef bedankt sich eingangs für die Einladung und dankt dem PVL ausdrücklich für sein Engagement, gerade auch durch seinen Einsitz im Stiftungsrat der Pensionsversicherung. Er gibt einen Überblick über die vier wichtigsten Pfeiler des Projekts „Ausgewogen 2015“: Sanierung – Pensionsversicherung – Reorganisation – Kommunikation“.

### Sanierung:

Das Land Liechtenstein will seinen Landeshaushalt in den kommenden Jahren nachhaltig sanieren, indem die Staatsausgaben nachhaltig reduziert werden sollen. Die Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2015 einen Landeshaushalt zu erreichen, welcher die Eckwerte des Finanzleitbildes erfüllt (s.auch [www.ausgewogen2015.li](http://www.ausgewogen2015.li)). Die Regierung hatte ursprünglich eine Reduktion von CHF 160 Mio vorgesehen. Nachdem aber die Landesrechnung 2010 positiver als erwartet ausfiel, ist zur Zeit eine Reduktion von CHF 135 Mio geplant. Laut Regierungschef ist diese Zahl jedoch variabel zu sehen; die nächste Einschätzung stehe im November 2011 an. Die CHF 135 Mio sollen wie folgt aufgeteilt werden, wobei die Verteilung linear entsprechend der ursprünglichen Aufteilung der CHF 160 Mio erfolgen soll:

- Laufende und investive Beträge: CHF 68 Mio
- hiervon CHF 48 Mio für grosse Beträge. Laut Regierungsbeschluss soll folgende Verteilung vorgenommen werden: KVG CHF 15.3 Mio, AHV CHF 15 Mio, NBU CHF 12.5 Mio, IHZ 5.2 Mio. Im Zusammenhang mit der AHV laufen derzeit Beratungen, das Prämienverbilligungssystem neu zu gestalten, damit es wirklich denen zu Gute komme, die wirklich bedürftig sind. Hier ist eine Vernehmlassung im Gesundheitsbereich geplant.
- die weiteren CHF 20 Mio für kleine Beträge. Diesbezüglich stehen noch Beschlüsse aus.
- Sachaufwand: CHF 12.5 Mio. Diesbezüglich stehen noch Beschlüsse aus.
- Finanzaufweisungen an die Gemeinden: CHF 42.5 Mio. Die Last soll ausgewogen verteilt sein, vgl. BuA Nr. 11/2011.
- Personalaufwand: CHF 12.5 Mio. Dieser Betrag soll aufgeteilt werden auf Einsparungen bei der Frühpension mit CHF 3.7 Mio. Hier werde daran gedacht, das Frühpensionsalters von derzeit 60 auf 62 Jahre hochzusetzen. Die verbleibenden CHF 8.8 Mio sollen mit CHF 3.0 Mio in der Schule eingespart werden; dort seien bereits ca. 10 Massnahmen geplant. Bei der LLV sollen insgesamt CHF 5.8 Mio eingespart werden durch sozialverträgliche Korrekturen. Auf Nachfrage des PVL-Präsidenten präzisiert der Regierungschef dies dahingehend, dass **wirtschaftlich bedingte Kündigungen innerhalb der Liechtensteinischen Landesverwaltung nicht ausgesprochen werden ; ein etwaiger Stellenabbau und damit eine Reduktion der Personalkosten sollen ausschliesslich durch natürliche Fluktuation und Ämterumstellungen erreicht werden.** Hierfür arbeite die Regierung eng mit den einzelnen Ämtern zusammen.

Frage eines Mitglieds:

Wie werden die Vorschläge umgesetzt, die von Seiten der LLV-Mitarbeiter zur Kostenreduktion vorgebracht werden (bislang schon über 100)? Transparenz?

Regierungschef: Die Vorschläge werden gesichtet, aber in der Regel nur indirekt aus aktuellem Anlass, z. B. einer neuen Stellenausschreibung, berücksichtigt. Im Rahmen der geplanten Ämterumstellungen besteht für die betroffenen Mitarbeitern die Möglichkeit, einen persönlichen Coach in Anspruch zu nehmen.

Frage eines Mitglieds:

Wäre es denkbar, weniger bei den Personalkosten und dafür mehr bei anderen Positionen einzusparen?

Regierungschef: Den meisten und grössten Protest hätten die Einsparungen beim Sachaufwand, z. B. Reisetätigkeit, verursacht. Beim Personalaufwand wird die Entwicklung abgewartet. Momentan werden kaum neue Stellen geschaffen, aber generell müsse hier eine sehr vorsichtige Vorgehensweise an den Tag gelegt werden, da die Aufgaben weiter wachsen. Bemerkenswert sei die hohe Fluktuation bei der LLV; in 2010 habe es ca. 70 – 80 Wechsel gegeben.

Der Regierungschef teilt ausserdem kurz mit, dass die Finanzkommission des Landtages einen neuen Vermögens- und Anlagenplan diskutiert.

#### **Pensionsversicherung:**

Der Regierungschef berichtet, dass **die Regierung den Bericht des Stiftungsrats der Pensionsversicherung „Massnahmen zur Erreichung der Voldeckung (100%) im Zeitraum 2011 bis 2020 zur Kenntnis genommen und befürwortend beschlossen hat.** Die Umsetzung der Sanierungsmassnahmen sollen im Rahmen einer Gesetzesänderung geregelt werden; der Vernehmlassungsbericht soll im Herbst 2011 vorliegen.

Der Regierungschef weist darauf hin, dass die LLV im Rahmen der PV keine Sonderstellung habe, sondern nur einer von 42 Mitgliedern sei. Insofern sei die Bezeichnung irreführend (besser: Pensionsversicherung für das Staatspersonal und angeschlossene Betriebe).

Frage eines Mitglieds:

Sei deswegen nicht eine Korrektur erforderlich?

Regierungschef: Der Staat habe die Funktion eines Arbeitgeber-Vertreter. Die Verantwortung wird entsprechend der Anschlüsse verteilt.

Frage eines Mitglieds:

Wie ist das Loch in der PV entstanden?

Regierungschef: Es waren 5% Rendite vorausgesetzt, aber bedingt durch risikobehaftete Anlagen und zusätzlich durch die Wirtschaftskrise betrage die Rendite zur Zeit 2.89%.

Frage eines Mitglieds:

Wer bezahlt letztendlich die Sanierung der PV? Die Regierung oder die Mitglieder? Seien die Mitglieder schuld an der Unterdeckung?

Regierungschef: Ein attraktives Frührentenmodell sollte mit zur Sanierung der PV beitragen. Z. B. Könnte die Überbrückungsrente modifiziert werden. Hier ist auf das anstehende Vernehmlassungsverfahren hinzuweisen. Der Regierungschef fordert den PVL ausdrücklich auf, hierzu eine Stellungnahme abzugeben.

Frage eines Mitglieds:

Kann der Landtag die im Rahmen des Gewährleistungsinterventionsmodell (GLIM) vorgesehene Einschusspflicht ablehnen?

Regierungschef: Rein theoretisch könnte der Landtag dies. Allerdings sei er sehr zufrieden mit dem jetzigen Modell, das Planungssicherheit biete. Es stelle ein flexibles System mit fixen Punkten dar. Er möchte eine allzu öffentliche Debatte vermeiden, gerade auch in Bezug auf den Leistungsprimat, der vielen ein Dorn im Auge sei.

Der PVL-Präsident fügt in diesem Kontext hinzu, dass im Rahmen eines Gesprächs mit dem Regierungschef und dem Regierungschef-Stellvertreter zugesagt und breit gestützt wurde, mit dem vorgeschlagenen Gewährleistungs-Interventions-Modell die Sanierung der PV zu gewährleisten. **Diese Zusage der Regierung würde gelten**, so dass eine gegenläufige Abstimmung des Landtags – auch wenn sie theoretisch möglich wäre – praktisch nicht vorkommen sollte. Die Einschusspflicht sollte auf jeden Fall gesetzlich verankert werden.

Frage eines Mitglieds:

Wie sieht ein Vergleich zum Ausland aus, wo der Staat die PV saniert durch einmalige Zahlungen?

Regierungschef: Die Möglichkeit, finanzielle Beiträge einzuschüssen, bestehe grundsätzlich immer; diese sei nicht ausgeschlossen und als Option immer möglich.

### **Regierungs- und Verwaltungsreform**

Die Regierung soll vor allem von operativen Alltagsgeschäften entlastet werden: Die jetzige Struktur von Kollegialregierung, Ressorts und Stellen sollte generell beibehalten werden, jedoch sollen primär die Kompetenzen der Ressorts gestärkt werden. Das Ressort Präsidium werde umgestaltet und mit vorwiegend koordinativen Aufgaben, z. B. Protokoll, befasst sein. Es sei die Schaffung von 5 Schwerpunktressorts angedacht, u. a. mit einem Generalsekretariat und der Einführung einer Konferenz der Generalsekretäre. Die heutige Stabsstelle Regierungsekretariat würde zu einer Regierungskanzlei umstrukturiert. Die Geschäftsdelegation von den Ressorts an die Stellen werde neu definiert, z. B. durch Abschaffung der Rapporte und Vermeidung von Mehrfachunterstellungen. Zudem sollen die Verwaltungseinheiten reduziert werden, um nur einige Massnahmen zu nennen.

Der Regierungschef erläutert sodann die ersten Massnahmen und deren Zeitplan: In 2011 werden bereits Sofortmassnahmen durchgeführt (wie zum Beispiel die Eingliederung des DS

in das SA.). Reorganisationsprojekte mit 1. Priorität starten in 2011 (z. B. Zusammenlegung SCG und ASD, Aufteilung APO in Amt für Personal und Amt für IT, Schaffung Amt für Justiz, etc.). Weitere Vorprojekte werden ebenfalls in 2011 durchgeführt (z. B. Zusammenlegung HBA und TBA, AWNL und LWA, Schaffung Beschwerdedienst der Regierung).

## Kommunikation

Der Regierungschef berichtet, dass im Rahmen des Krisenmanagements in 2010 zwar alle gut zusammen gearbeitet hätten. Dennoch habe es zum Teil Doppelspurigkeiten, Vakanzen, etc. gegeben, wodurch leider eine eher schlechte Reputation die Folge gewesen wäre. Dies möchte die Regierung durch eine aktive Informationspolitik verbessern. Sie sieht es als neue Herausforderung an, die laufenden Umgestaltungen mittels einer Reformkommunikation ansprechend zu begleiten. Insbesondere soll die frühere Abhängigkeit von Agenturen geändert und sehr eng mit den Botschaften zusammen gearbeitet werden. Die Kommunikation in FL müsse anders ausgerichtet werden als z. B. in der Schweiz oder Österreich. Die Abteilung Information und Kommunikation der Regierung, die dem Regierungssekretär untersteht, soll gemäss Informationsgesetz die Öffentlichkeit informieren über Regierungsarbeit, Reformkommunikation, Krisenkommunikation oder auch Fokusthemen.

Den Vorschlag des PVL-Präsidenten, die Qualität der Verwaltung als ein Fokusthema zu behandeln, nimmt der Regierungschef gerne auf.

Der Regierungschef führt weiter aus, dass die Regierung ein kontinuierliches Reputations- und Profil-Monitoring anstrebt. Hierzu analysiere die Uni Zürich im Auftrag der Regierung den IST-Zustand der Wahrnehmung Liechtensteins im Land selbst und im Ausland. Die ersten Ergebnisse offenbarten sehr grosse Differenzen und dass u. a. die Industrie im Ausland transparenter gemacht werden müsste.

Frage eines Mitglieds:

Wie soll die Reputation Liechtensteins visualisiert werden, wenn schon Länderkennzeichen nicht einheitlich verwendet werden würde (FL oder LI)? Wo stünde Liechtenstein?

Regierungschef: Zuerst müsse die abschliessende Analyse abgewartet werden, bevor Schlussfolgerungen gezogen werden könnten; die Umsetzung benötige man bestimmt auch noch ca. ein Jahr. Vor allem folgende Fragen stellten sich eingangs: Für was wollen wir stehen? Was ist unsere Identität? Für welche Werte wollen wir stehen? Privilegien in Liechtenstein seien insbesondere die Sicherheit und Stabilität. Die Etablierung einer „Marke Liechtenstein“ sei ureigene Sache der Regierung.

Abschliessend bedankt sich PVL-Präsident sehr herzlich bei Regierungschef Dr. Klaus Tschüscher für die ausführlichen Ausführungen und Antworten. Der Regierungschef kommt bei dieser Gelegenheit auf die vom PVL vorgeschlagene Idee zurück, **ein regelmässiges „Gipfeli-Treffen“ mit dem PVL abzuhalten** und bietet ausdrücklich an, dieses ab sofort in regelmässigen Abständen durchzuführen. Der PVL-Präsident nimmt dieses Angebot sehr gerne an und verabschiedet sich dankend im Namen aller PVL-Mitglieder von dem Regierungschef, der daraufhin die Versammlung verlässt (19.25 Uhr).

<b>3. PVL-Präsident Thomas Klaus eröffnet daraufhin offiziell die Generalversammlung mit folgenden Traktanden:</b>
<b>4. Appell und Wahl des Stimmzählers</b> Als Stimmzähler wird von den Anwesenden Herr Heinz Ritter einstimmig gewählt. Anzahl der anwesenden stimmberechtigten PVL-Mitglieder: 18 Personen. Damit liegt Beschlussfähigkeit vor.
<b>5. Genehmigung des Protokoll der Generalversammlung 2010</b> Das Protokoll der Hauptversammlung 2010 wird einstimmig genehmigt und verdankt.
<b>6. Genehmigung des Tätigkeitsberichts</b> PVL-Präsident Thomas Klaus nimmt zunächst Bezug auf die Einleitung des Tätigkeitsberichts zum Thema Wertschöpfung. Er fasst kurz zusammen, dass der Mensch und Mitarbeiter im Mittelpunkt des Prozesses stehen und dass die Pflege der sozialen Verbundenheit nicht vernachlässigt werden sollte. Der Mitglieder-Bestand beläuft sich auf konstant 370, was einem Organisationsgrad von 43% entspricht (LLV habe derzeit ca. 860 Mitarbeiter). Thomas Klaus weist auf die aktuelle Umfrage zur Informations- und Kommunikationspolitik des PVL hin. Die anwesenden Mitglieder werden gebeten, die ausgeteilten Fragebogen auszufüllen und zu retournieren. Die Umfrage ist – wie der Tätigkeitsbericht - jederzeit über die Homepage des PVL ( <a href="http://www.personalverband.li">www.personalverband.li</a> ) abrufbar. Im übrigen verweist er auf den Tätigkeitsbericht 2010 und beantragt, diesen zu genehmigen. Der Tätigkeitsbericht 2010 wird einstimmig genehmigt.
<b>7. Genehmigung der Jahresrechnung und des Revisionsberichtes 2010</b> Kassier Johannes Hasler erläutert die vorgelegte Jahresrechnung: Der Anlageverlust der vergangenen Jahr sei noch nicht ganz ausgeglichen, aber in 2010 sei nur noch ein minimaler Verlust zu verzeichnen gewesen, insbesondere wegen der ausserordentlich hohen Kosten für Rechtsanwaltsberatungen auf Grund von vermehrten Interventionen seitens des PVL durch Inanspruchnahme von PVL-Mitgliedern. Die Abschreibungen von u. a. Nicht bezahlten Mitgliederbeiträgen sind auf drei Jahre verteilt ausgewiesen. Frage eines Mitglieds: Was passiert mit Mitgliedern, die den Beitrag trotz Mahnung nicht bezahlen? PVL-Präsident: Die Mitglieder müssen in letzter Konsequenz aus dem Verband

ausgeschlossen werden.

Der Revisionsbericht wird vorgestellt.

Die Jahresrechnung und der Revisionsbericht werden einstimmig genehmigt und dem Kassier Johannes Hasler unter Verdankung die Entlastung erteilt.

### **8. Entlastung des Vorstands**

Die anwesenden Mitglieder danken dem Vorstand für die geleistete Arbeit und beantragen die Entlastung des Vorstands.

Die Entlastung wird einstimmig genehmigt.

### **9. Wahlen**

#### **Bestätigungswahlen Vorstand:**

Bestätigungswahl Präsident:

Thomas Klaus – einstimmig bei einer Enthaltung

Bestätigungswahlen Kassier und Beisitzer in einem Wahlgang:

Johannes Hasler, Kassier und rno Arberer, Beisitzer - einstimmig bei zwei Enthaltungen

#### **Bestätigungswahlen Rechnungsrevisoren:**

Revisor R. Zanghellini - einstimmig bei einer Enthaltung

Revisor Valentin Büchel – einstimmig bei einer Enthaltung

Ersatzrevisorin Claudia Isser - einstimmig bei einer Enthaltung

#### **Bestätigungswahlen Verbandsgericht:**

Ursula Batliner, Vorsitzende – einstimmig

Uwe Richter, Beisitzer - einstimmig

Jürg Dinkelmann, Beisitzer - einstimmig bei einer Enthaltung

Der PVL-Präsident dankt allen für Ihr Engagement und ihre Bereitschaft, sich weiterhin für den PVL einzusetzen.

### **10. Jahresbeitrag**

Der PVL-Präsident stellt den Antrag, den Jahresbeitrag bei CHF 30,- zu belassen.

Die anwesenden Mitglieder stimmen dem Vorschlag einstimmig zu.

## 11. Varia

Den Mitglieder wird Gelegenheit zu Fragen und Äusserungen gegeben:

Mehrere Mitglieder:

Die Anzahl der anwesenden Mitglieder stehe im krassen Verhältnis zu den Vereinsmitgliedern (370 zu 18). Das sollte doch verbessert werden durch insbesondere mehr Werbung oder die Organisation von Social-Events. Vielleicht sei der PVL auch zu „brav“.

PVL-Präsident: Der Vorstand beschäftige sich schon länger mit diesem Thema. Der PVL lege insbesondere Wert auf eine sachliche Unterstützung; hier könnte zu viel Öffentlichkeit mitunter der Sache sogar schädlich sein. Der PVL möchte sich über sein Engagement und sachliche Arbeit definieren und mit seiner Arbeit ernst genommen werden. Der PVL-Vorstand möchte als vertrauenswürdiger Partner wahrgenommen werden. Zu viel Konfrontation sei hierbei oft nicht zielführend, da der PVL keine Gewerkschaft im klassischen Sinn sei. Ausserdem müssten gegebenenfalls die Privatsphäre und den Datenschutz der Betroffenen beachtet werden.

Der Vorstand nimmt aber jederzeit sehr gerne Vorschläge auf und fordert alle Anwesenden hierzu auf.

In diesem Zusammenhang weist Thomas Klaus auf die aktuelle Umfrage zur Informationspolitik hin, die ein Ergebnis der letzten Vorstandssitzung sei. Der Vorstand erhofft sich, dass über die 11 anwesenden Mitglieder hinaus viele andere Mitglieder die Umfrage im Internet online ausfüllen, so dass ein repräsentatives Ergebnis erzielt werden kann. Der Vorstand wird über das Ergebnis der Umfrage zu gegebener Zeit berichten.

Vorschlag eines Mitglieds:

Ein Newsletter könnte herausgegeben werden, wie z. B. beim Verkehrsclub. Der Newsletter könnte auch an Nicht-Mitglieder verschickt werden, das bedeute nicht nur Information, sondern eben auch Werbung.

Vorschlag eines Mitglieds:

Über das Intranet des LLV könnte jeweils ein Hinweis erfolgen, wenn es Neuigkeiten gebe.

Vorschlag eines Mitglieds:

Das Rabatt-System könnte ausgebaut werden. Ein Mitglied bietet hier seine aktive Unterstützung an, wofür ihm der PVL-Vorstand und die anwesenden Mitglieder danken.

Anmerkung eines Mitglieds:

Dem PVL-Vorstand wird für seine kompetente Arbeit (im Hintergrund) ein Kompliment gemacht und gedankt. Man sollte die minimale Zahl der Anwesenden nicht zu ernst nehmen und nur aus diesem Grund mehr Werbung machen. Der Verband sei so eine Art von Versicherung.

Frage eines Mitglieds:

Wie ist der Zusammenhang der Frühpensionierung mit dem Gewährleistungsinterventionsmodell und der Sanierung zu verstehen?

PVL-Präsident: Bezüglich der Entstehungsgeschichte und dem Inhalt des GLIM verweist er



auf den Tätigkeitsbericht 2010 und präsentiert eine kurze Zusammenfassung. Jeder Neuanschluss/Wechsel zur PV müsste ausfinanziert werden. Die Frühpension sei eher ein Thema von AHV und der AG, weniger der PV. Der PVL werde aber im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Abänderung des PVG offiziell Stellung nehmen.

Vorschlag eines Mitglieds:

Reduzierter Beschäftigungsgrad bei vollen PV-Beiträgen könnte mit ins Frühpensionierungskonzept aufgenommen werden.

PVL-Präsident: Der PVL wird diesen Vorschlag aufnehmen und prüfen.

Frage eines Mitglieds:

Nicht das Alter, sondern die Anzahl der Arbeitsjahre sollten für die Berechnung der Pension ausschlaggebend sein. Wäre das Alter nicht der falsche Ansatzpunkt?

PVL-Präsident: Mitglieder, die erst später ins Arbeitsleben einträten, hätten oft separate Pläne mit höheren Beiträgen, so dass hier ein gewisser Ausgleich stattfinden würde.

## 12. Verabschiedung

Der PVL-Präsident hält das Schlusswort und dankt allen anwesenden Mitgliedern für Ihr Interesse und ihre Aufmerksamkeit. Er lädt alle zu einem anschliessenden Apéro ein.

Ende der Generalversammlung: 21.00 Uhr

Für das Protokoll:

Gabriele Binder